

# Aktiv werden! – Kommunen in Not!

## Milliardendefizit der Kommunen bedroht Lebensqualität der Menschen

Die Lebensqualität der Menschen hängt zu einem großen Teil von der Leistungsfähigkeit ihrer Kommune ab. Ausreichende Kinderbetreuung, der Zustand von Schulen, Sporteinrichtungen und Spielplätzen, Straßen und Brücken, kulturelle und soziale Angebote hängen davon ab, ob die Kommunen diese wichtigen Aufgaben finanzieren können oder ob aufgrund der finanziellen Misere überall der Rotstift angesetzt wird. Die im Grundgesetz festgeschriebenen Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen darf nicht ausgehöhlt werden.

Nach riesigen Defiziten in den Vorjahren droht den deutschen Kommunen auch 2011 trotz Wirtschaftsaufschwung ein weiteres Defizit von bis zu 5 Mrd. Euro. Und die mittelfristige Entwicklung steht angesichts sich drastisch verschlechternder Konjunkturprognosen in den Sternen. Viele Kommunen können nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben erfüllen und müssen alle anderen Ausgaben und dringend nötige Investitionen radikal zusammenstreichen und Gebühren bis an die Schmerzgrenze erhöhen.

### Die Gründe: Steuerreformen und Aufgabenübertragung ohne ausreichende Finanzierung

Wie konnte es zu dieser finanziellen Misere der Kommunen kommen?

Leben Städte und Gemeinden, wie Kritiker gern behaupten, einfach über ihre Verhältnisse?

Sicher gibt es einzelne Fälle von zu teuren Projekten oder unnötigen Ausgaben. Die eigentliche Ursache für diese finanzielle Misere ist aber, dass auf Bundesebene viele Entscheidungen zu Lasten der Kommunen getroffen wurden, die dabei weder mitreden noch mitentscheiden durften. Zugleich werden durch Bund und Land weiterhin Entscheidungen getroffen, die den Kommunen erhebliche Kosten ohne ausreichende Finanzierung aufbürden.

### Verschärfung durch die Bankenkrise

In den Jahren 2006 bis 2008 überdeckte die gute Konjunktur in vielen Kommunen die strukturelle Schiefelage ihrer Haushalte. Im Zusammenhang mit der Rettung der Banken und der dadurch entstandenen Finanzkrise tritt diese trotz Wirtschaftsaufschwung wieder offen zu Tage.

Nötig sind deshalb umfassende Entlastungen der Kommunen und eine stärkere finanzielle Unterstützung.

### Daher fordern wir:

#### 1. Kommunen müssen entschuldete werden!

Die unverschuldete Schiefelage der kommunalen Haushalte gefährdet die Lebensqualität der Menschen, weil die Finanznot der Kommunen diese zum Kahlschlag ihrer Leistungen treibt. Viele Kommunen in NRW benötigen deshalb Zins- und Tilgungshilfen („Rettungsschirm für Kommunen“).

#### 2. Kommunen benötigen eine ausreichende Finanzierung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können!

Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzierungsreform ausgebaut werden und die Vermögensteuer in einer modifizierten Form wieder in Kraft gesetzt werden. Ebenso ist eine Anhebung der Erbschaftsteuer und eine wirksame Besteuerung großer Erbschaften vorzusehen. Diese Maßnahmen können die strukturellen Defizite fast aller Kommunen ausgleichen.

#### 3. Keine weiteren Steuerreformen zu Lasten der Kommunen!

Steuerreformen auf Bundesebene haben den Kommunen Milliardenverluste bei den Einnahmen beschert, zuletzt durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch einmal 1,6 Milliarden Euro jährlich. Weitere Steuerreformen zu ihren Lasten können die Kommunen angesichts ihrer dramatischen Haushaltslage nicht verkraften.

#### 4. Aufgabenübertragung nur mit ausreichender Finanzierung!

Wenn auf Bundes- und Landesebene neue Aufgaben beschlossen werden, die die Kommunen zu erbringen haben, muss zwingend eine ausreichende Finanzierung mit beschlossen werden. Auch hier muss gelten: "Wer bestellt, zahlt!"

#### 5. Investitionen vor Ort erhöhen die Lebensqualität!

Ein zusätzliches kommunales Investitionsprogramm für die Fortsetzung und Verstärkung der kommunalen Investitionen, z.B. im Bildungswesen, im Umweltschutz, bei der Gesundheitsversorgung, in Verkehrs- und Infrastruktur wird die finanzielle Situation der Kommunen verbessern und die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger erhöhen

**Die Betriebs- und Personalrätekonferenz des ver.di Bezirks Linker Niederrhein fordert die im Bundestag vertretenen Parteien und die Bundesregierung auf, die obigen Forderungen bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung zu berücksichtigen und so wieder für bürgerfreundliche und lebenswerte Kommunen zu sorgen und die im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltungsrechte der Kommunen zu schützen!**

Krefeld, den 19. Oktober 2011

